



Gemeinsam in Europa?

Was Deutsche und Polen
über Europapolitik denken

ERGEBNISSE DES DEUTSCH-POLNISCHEN
BAROMETERS 2018



Eine Kooperation von:

INSTITUTE OF
PUBLIC AFFAIRS

 **Körber**
Stiftung

 Konrad
Adenauer
Stiftung

58% der Deutschen und **55%** der Polen sind der Meinung, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt. Die polnische Europapolitik bewerten nur **13%** der Deutschen positiv. In Polen stellen **45%** der Befragten der Warschauer Europapolitik ein gutes Zeugnis aus. **40%** sehen sie eher kritisch.

39% der Polen – und damit die größte Gruppe der Befragten – finden, dass Deutschland auf EU-Ebene zu dominant und zu wenig kompromissbereit agiert. Diese Meinung teilen nur **13%** der deutschen Befragten, wohingegen sich **33%** der Deutschen sogar ein dominanteres Auftreten Deutschlands wünschen.

43% der Polen sind der Ansicht, dass Deutschland ihr Land auf EU-Ebene immer oder oft als gleichberechtigten Partner behandelt. Ein gleich großer Anteil meint, dies passiere selten oder nie. Viele Deutsche sehen dies ähnlich – **45%** stimmen zu, dass die Beziehungen selten oder nie gleichberechtigt sind.

74% der Polen fühlen sich militärisch von Deutschland nicht bedroht und **65%** nehmen auch keine politische oder ökonomische Bedrohung wahr. Die Zahl der Polen, die in Deutschland eine potenzielle Bedrohung sehen, nimmt kontinuierlich ab.

54% der Polen sehen in der Verstärkung der Bundeswehr einen Mehrwert für die Sicherheit Polens. Diese Meinung teilen **45%** der Deutschen.

48% der befragten Polen und **42%** der Deutschen sprechen sich für eine Vertiefung der EU aus. Der Meinung, dass die europäische Integration bereits zu weit gegangen sei, sind **18%** und **20%** der Befragten.

62% der Deutschen und **56%** der Polen sehen im Thema „Flüchtlinge und Migration“ die größte Herausforderung für die EU in den kommenden Monaten.

79% der Polen, aber nur **41%** der Deutschen sprechen sich für eine enge Zusammenarbeit mit den USA aus. Für eine starke Kooperation zwischen Polen und Deutschland votieren **74%** der Polen, aber lediglich **39%** der Deutschen.



Gemeinsam in Europa? Was Deutsche und Polen über Europapolitik denken

Die Debatte um Reformen in der Europäischen Union ist in vollem Gange. Besonders an Deutschland werden große Erwartungen gerichtet. Während sich manche von Berlin einen aktiveren europapolitischen Kurs erhoffen, werfen andere der Bundesrepublik Dominanzstreben vor.

Dieses Spannungsfeld spiegelt sich auch im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland wider. Aus Berliner Perspektive kommt Polen nicht nur als Nachbar, mit dem Deutschland eine schwierige Geschichte verbindet, sondern auch als wichtiger, wirtschaftlich dynamischer Akteur in der EU besondere Bedeutung zu. Doch gegensätzliche Positionen, etwa im Hinblick auf die Bewältigung von Flucht und Migration, die Zukunft des „Projekts Europa“ und die Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien, werden zunehmend zu einer Belastungsprobe für die deutsch-polnischen Beziehungen und setzen dem europapolitischen Kooperationspotenzial Grenzen.

Im Hinblick auf den gegenwärtigen politischen Dissens zwischen den Regierungen in Berlin und Warschau gilt es, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, wie die Bevölkerungen in beiden Ländern die Europapolitik des anderen und die zukünftigen Herausforderungen für die EU beurteilen.

Die zentralen Ergebnisse dieser Umfrage:

- Zwar hat sich die Meinung der Polen zur deutschen Europapolitik in den letzten Jahren verschlechtert. Dennoch ist weiterhin eine Mehrheit der Ansicht, Deutschland trage eher zu einer guten Zusammenarbeit als zu einer Verschärfung der Konflikte in Europa bei. Gleichwohl werfen viele Polen Deutschland eine zu starke Dominanz in Europa vor.
- Die deutschen Ansichten zum polnischen Agieren in der EU sind dagegen eindeutig kritisch. Die Polen selbst sind gespalten, wenn es um

die Beurteilung der Europapolitik der eigenen Regierung geht.

- Gleichzeitig sehen die Polen – trotz ihrer historischen Erfahrungen – Deutschland immer weniger als eine potenzielle Bedrohung und erachten eine Stärkung der Bundeswehr gar als Mehrwert für die eigene Sicherheit.
- Als wichtigsten Partner für eine enge bilaterale Zusammenarbeit sehen die Polen noch immer die USA, während in den Augen der Deutschen Washington als zentraler Verbündeter an Bedeutung verliert. Auch Polen wird von den deutschen Befragten nicht als prioritärer Kooperationspartner wahrgenommen, wohingegen sich die Polen eine starke Zusammenarbeit mit Deutschland wünschen.
- Darüber hinaus wird die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch populistische Bewegungen in Polen weniger stark wahrgenommen als in Deutschland.
- Sowohl in Deutschland als auch in Polen spricht sich der größte Teil der Befragten für eine Vertiefung der europäischen Integration aus. Jeweils etwa ein Fünftel der Befragten konstatiert jedoch, die europäische Integration sei bereits zu weit fortgeschritten.

Weitere Informationen zur Umfrage unter:

www.koerber-stiftung.de/deutsch-polnisches-barometer

Datenbasis

Die Untersuchung wurde im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, der Körber-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland und Polen durchgeführt. Die GfK Polonia führte im Zeitraum vom 5. bis 12. April 2018 in Polen eine repräsentative Umfrage unter 1.000 Polen ab 15 Jahren durch, die GfK SE im Zeitraum vom 6. bis 13. April 2018 in Deutschland eine repräsentative Umfrage unter 1.000 Deutschen ab 14 Jahren. Erhebungsverfahren: Face-to-Face-Interviews.



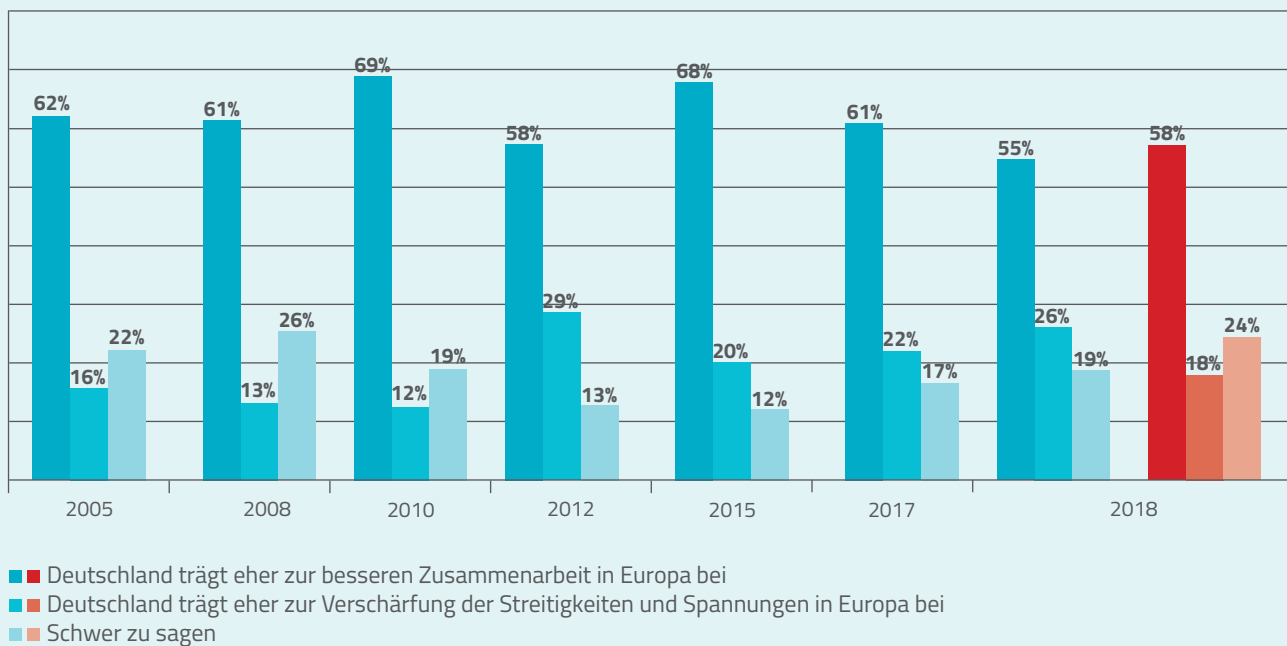
Zwischen Kompromissbereitschaft und Dominanz: Europapolitik an Weichsel und Spree

Die Polen bewerten die deutsche Europapolitik seit vielen Jahren als positiven Beitrag zur Zusammenarbeit in Europa. Gegenwärtig teilen diese Meinung 55 Prozent der befragten Polen. Bemerkenswert ist, dass der entsprechende Wert auf deutscher Seite nahezu identisch ist (58 Prozent). Gleichwohl sinkt die polnische Zustimmung zu Deutschlands Europapolitik: Der aktuelle Wert ist der schlechteste seit dem Jahr 2005. Auffallend ist das Zusammentreffen dieser zunehmend negativen Haltung mit der Positionierung der aktuellen polnischen Regierung, die sich vorwiegend kritisch zu Berlins Europapolitik äußert. Entsprechend empfinden nur 42 Prozent der Anhänger der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Berlin als konstruktive Kraft in Europa – anders als die Wähler der oppositionellen Bürgerplattform (PO), von denen 65 Prozent Berlins Europapolitik positiv bewerten.

Auf deutscher Seite fällt der relativ hohe Anteil an Befragten auf, die auf die Frage nach der Bewertung deutscher Europapolitik keine eindeutige Antwort geben konnten.

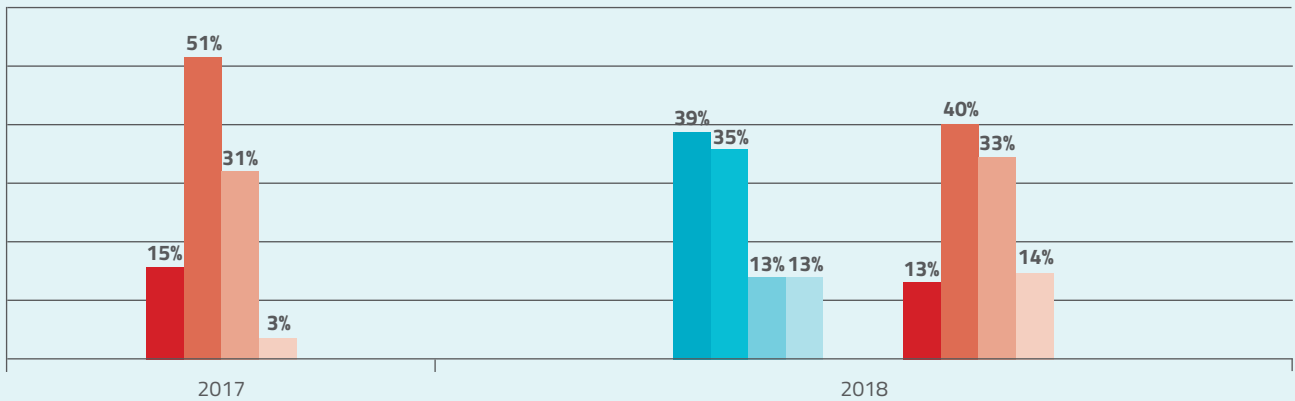
Die deutsche Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Europapolitik zeigt sich noch deutlicher an der Frage nach der Dominanz Deutschlands in Europa. Die größte Gruppe der befragten Deutschen (40 Prozent) empfindet das Auftreten Berlins auf europäischer Bühne als angemessen und kompromissbereit. Ein Drittel der Befragten (33 Prozent) wünscht sich sogar ein dominanteres Agieren Deutschlands. Wenig überraschend, befürworten dagegen nur 13 Prozent der Befragten in Polen mehr deutsche Dominanz in Europa. Die grösste Gruppe der Polen lehnt eine dominantere Rolle Berlins ab. Die Tatsache, dass zwei nahezu gleich große Gruppen von Befragten die deutsche Europapolitik als zu dominant (39 Prozent) ablehnt

Wie ist die deutsche Europapolitik zu bewerten?



Quelle:
2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körper-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung
2005-2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung

Tritt Deutschland in Europa zu dominant auf?



- Deutschland tritt innerhalb der EU zu dominant auf und geht zu wenige Kompromisse ein
- Deutschland geht innerhalb der EU im richtigen Maße Kompromisse ein und setzt seine Interessen angemessen durch
- Deutschland sollte innerhalb der EU dominanter auftreten und seine Interessen stärker durchsetzen
- Schwer zu sagen

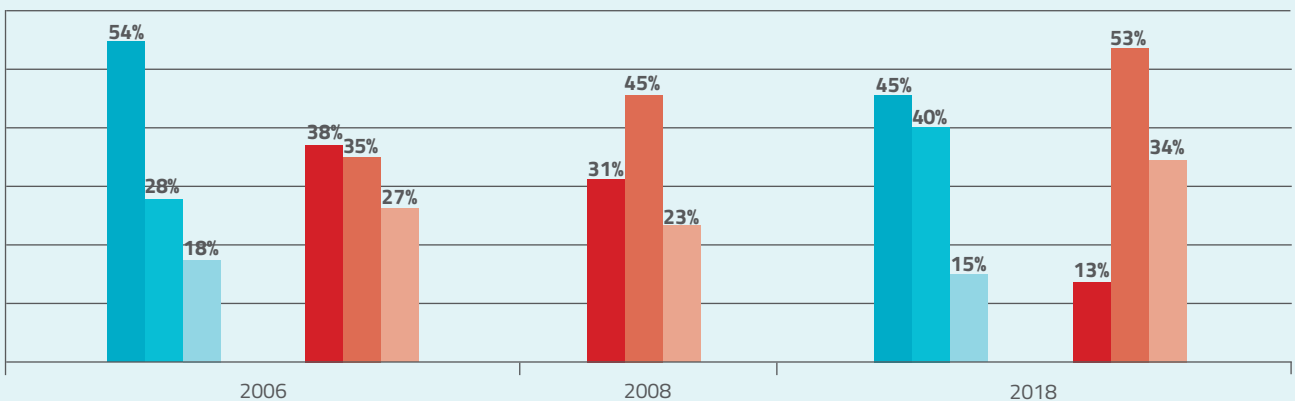
Quelle:
 2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung
 2017: Körber-Stiftung

bzw. als angemessen empfindet und begrüßt (35 Prozent), verdeutlicht den Graben, der momentan zwischen den politischen Lagern in Polen verläuft.

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen der polnischen und der deutschen Beurteilung der

Warschauer Europapolitik. Über die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) wirft Polen vor, eher zur Verschärfung der Gegensätze in Europa beizutragen. Lediglich 13 Prozent der Befragten meinen, Polen trüge zur besseren Zusammenarbeit bei. Die Polen hingegen sind auch in dieser Frage geteilter Meinung.

Wie ist die polnische Europapolitik zu bewerten?



- Polen trägt eher zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei
- Polen trägt eher zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen in Europa bei
- Schwer zu sagen

Quelle:
 2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung
 2006 & 2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung



Für gute Zusammenarbeit, gegen harte Interessenpolitik

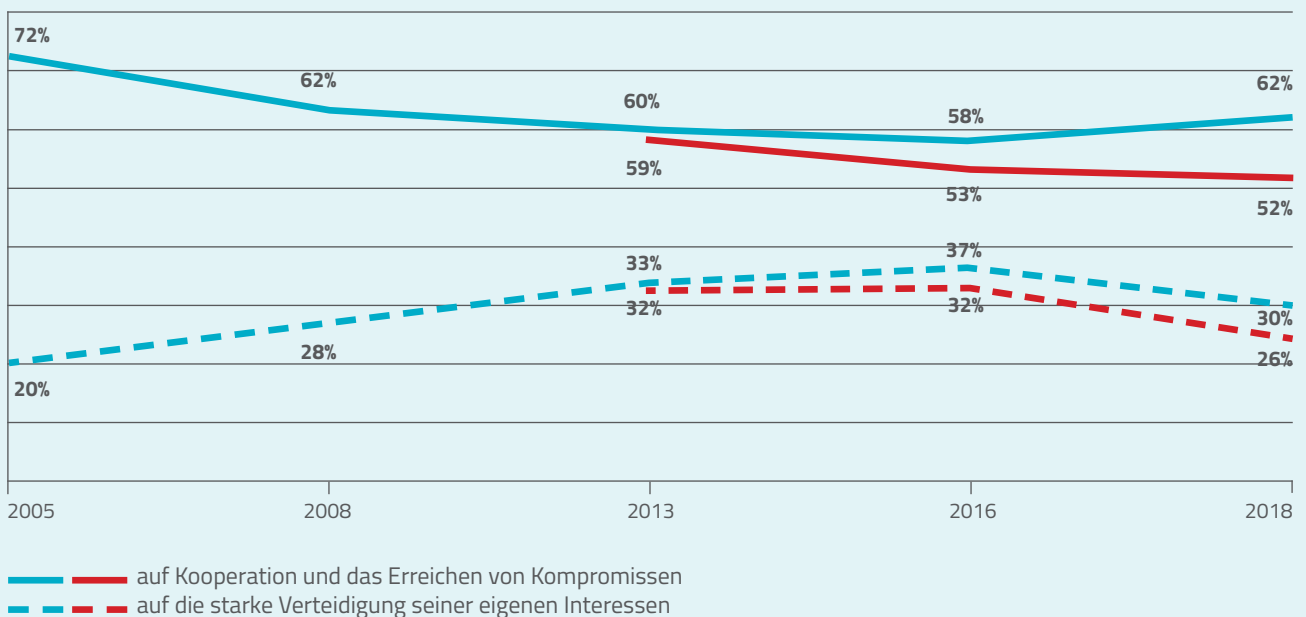
Trotz unterschiedlicher Einschätzungen im Hinblick auf die Europapolitik ihrer Länder wünscht sich die Mehrheit der Befragten in Deutschland und Polen ein kooperatives statt ein von harter Interessenpolitik geprägtes Verhältnis. Der Wunsch nach guter Zusammenarbeit ist auf polnischer Seite mit 62 Prozent ausgeprägter als beim westlichen Nachbarn (52 Prozent). Allerdings zeigen sich auch innerhalb Deutschlands deutliche Unterschiede: Hier sind es vor allem die Befragten in den östlichen Bundesländern (60 Prozent, verglichen mit 50 Prozent in den westlichen Bundesländern), die für ein von guter Zusammenarbeit geprägtes Verhältnis plädieren.

In Polen hält sich dieser Wert seit zehn Jahren in etwa auf gleichem Niveau, seit 2016 sogar mit einer leichten Steigerung. Dies zeigt, wie wichtig

der Mehrheit der Polen eine konstruktive Einstellung gegenüber Deutschland ist. Doch auch hier wird die Spaltung der polnischen Gesellschaft sichtbar. Für einen weniger kooperativen und stärker interessenorientierten Ansatz sprechen sich weit häufiger die Anhänger der PiS-Partei (41 Prozent) als die Wähler der PO (21 Prozent) aus. Doch auch unter ersteren wird ein interessenorientierter Kurs nicht von der Mehrheit unterstützt.

52% der Deutschen und 62% der Polen sind der Meinung, dass ihre Länder eher auf gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit als auf die Durchsetzung eigener Interessen setzen sollten.

Worauf sollte polnische bzw. deutsche Politik in den Beziehungen zum Nachbarland in erster Linie ausgerichtet sein?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

2013 & 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Bertelsmann-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

2005 & 2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung



Augenhöhe? Ansichtssache!

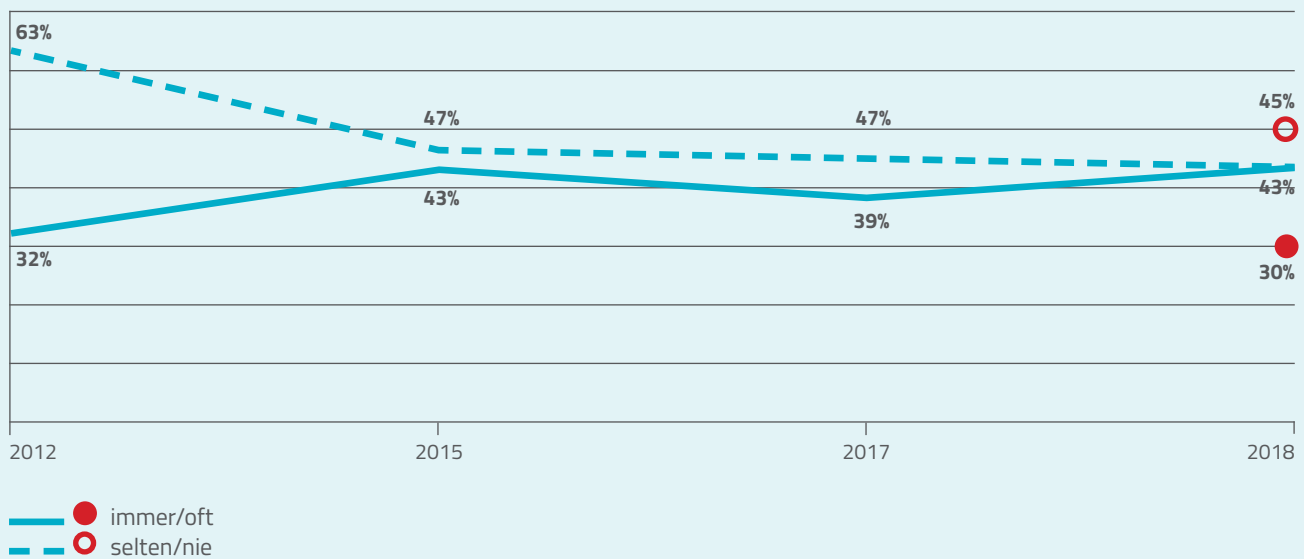
Vor dem Hintergrund der Diskussion um die deutsche Rolle in der Europäischen Union, aber auch im Hinblick auf die schwierige gemeinsame Geschichte wird einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ zwischen Warschau und Berlin von polnischer Seite besondere Bedeutung beigemessen.

Gegenwärtig ist die Gruppe jener Polen, die glauben, dass ihr Land von Deutschland immer oder oft als gleichberechtigter Partner anerkannt wird, mit 43 Prozent genauso groß wie die Gruppe derer, die den Eindruck haben, dass Deutschland einen solch partnerschaftlichen Umgang mit Polen selten oder nie pflegt (43 Prozent). Dies ist das positivste Ergebnis seit 2012. Denn während 2015 der Wert für den Anteil derer, die meinten, Polen werde immer oder oft partnerschaftlich

behandelt, ebenfalls 43 Prozent betrug, waren seinerzeit noch 47 Prozent der gegenteiligen Ansicht. Der aktuelle Wert ist angesichts der in Polen seit Jahren andauernden Debatte, ob Deutschland Polen „auf Augenhöhe“ wahrnimmt, besonders interessant. Auch hier zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Wählern der PiS-Partei, die lediglich zu 27 Prozent der Meinung sind, Polen werde von Deutschland immer oder oft partnerschaftlich behandelt, und den Anhängern der PO (48 Prozent).

Auf deutscher Seite fällt die Beurteilung des partnerschaftlichen Umgangs negativer aus. Die größte Gruppe der Befragten (45 Prozent) meint, dass Deutschland das Nachbarland selten oder nie partnerschaftlich behandelt. Jeder vierte Deutsche enthält sich hier eines Urteils (25 Prozent).

Sieht Deutschland Ihrer Meinung nach in Polen einen gleichberechtigten Partner in der Europäischen Union?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

2005-2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung



Zweifel an der Zuverlässigkeit der polnischen Regierung

Die negative Beurteilung der polnischen Europapolitik durch die deutschen Befragten geht mit der Einschätzung einher, dass die polnische Regierung angesichts wachsender Differenzen, etwa bei Themen wie der Aufnahme von Flüchtlingen, der Zukunft der europäischen Integration und der Auslegung europäischer Werte, kein zuverlässiger Partner mehr in der Europäischen Union ist. Dies nimmt knapp die Hälfte der befragten Deutschen an (48 Prozent). Allerdings hat ein relativ großer Teil, nämlich ein gutes Drittel der Befragten (34 Prozent), diese Frage nicht beantwortet.

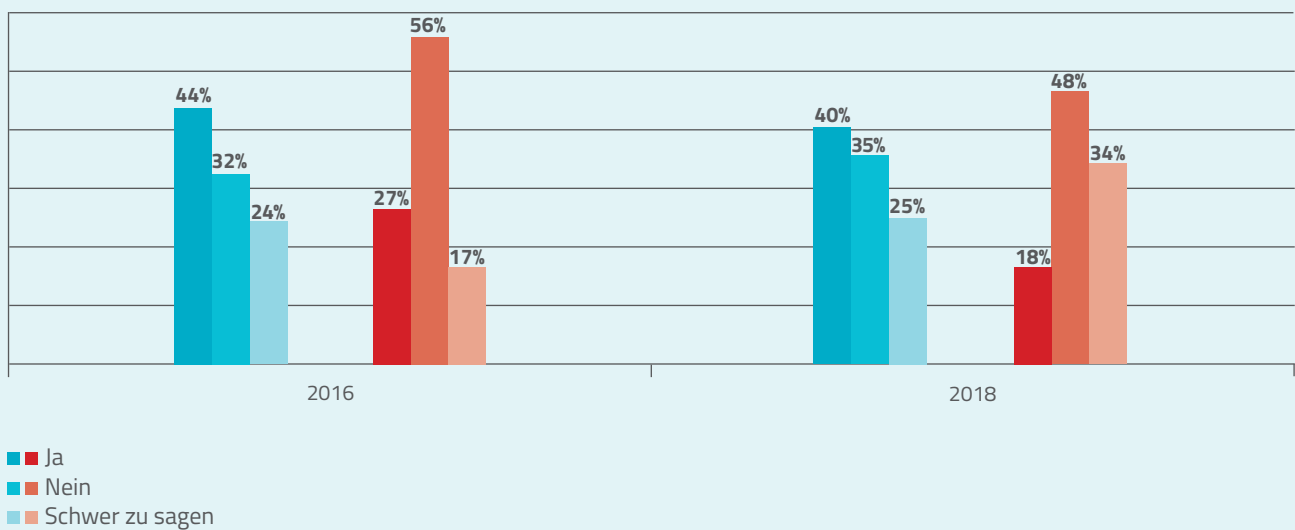
Auch vielen Polen fällt die Antwort auf diese Frage nicht leicht: Ein Viertel der Befragten hat diesbezüglich keine Meinung. Zwar beurteilt die größte Gruppe der Polen die polnische Regierung als zuverlässigen Partner innerhalb der EU, doch immerhin 35 Prozent der Polen verneinen dies. Die Antworten auf diese Frage hingen vergleichsweise wenig von den politischen Ansichten der Befragten ab: Sowohl 45 Prozent der PiS-Wähler als auch 32 Prozent der PO-Wähler erachteten Polens Regierung als zuverlässigen

Partner. Somit tritt die sonst zutage tretende Spaltung in Regierungslager und Opposition hier zugunsten einer parteiübergreifenden Dreiteilung in Gegner, Befürworter und Unentschiedene in den Hintergrund. Seit 2016 ist ein leichter Anstieg der negativen und ein Rückgang der positiven Meinungen wahrzunehmen, dies allerdings innerhalb der statistischen Fehlertoleranz.

Im Vergleich zu dem stabilen bis moderaten Trend auf polnischer Seite fallen die Veränderungen beim westlichen Nachbarn deutlicher aus. Jedoch ist nicht der Wert der ablehnenden Haltungen zur polnischen Europapolitik gestiegen, sondern der Anteil der Befragten, die sich keine Antwort zutrauten. Im Gegenzug sanken sowohl die positiven als auch die negativen Bewertungen ähnlich stark um neun bzw. acht Prozent.

48% der befragten Deutschen und 35% der Polen halten die polnische Regierung nicht für einen verlässlichen Partner in der EU.

Ist die gegenwärtige polnische Regierung ein zuverlässiger Partner innerhalb der EU?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Bertelsmann-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung



Deutschland in polnischer Wahrnehmung immer weniger bedrohlich

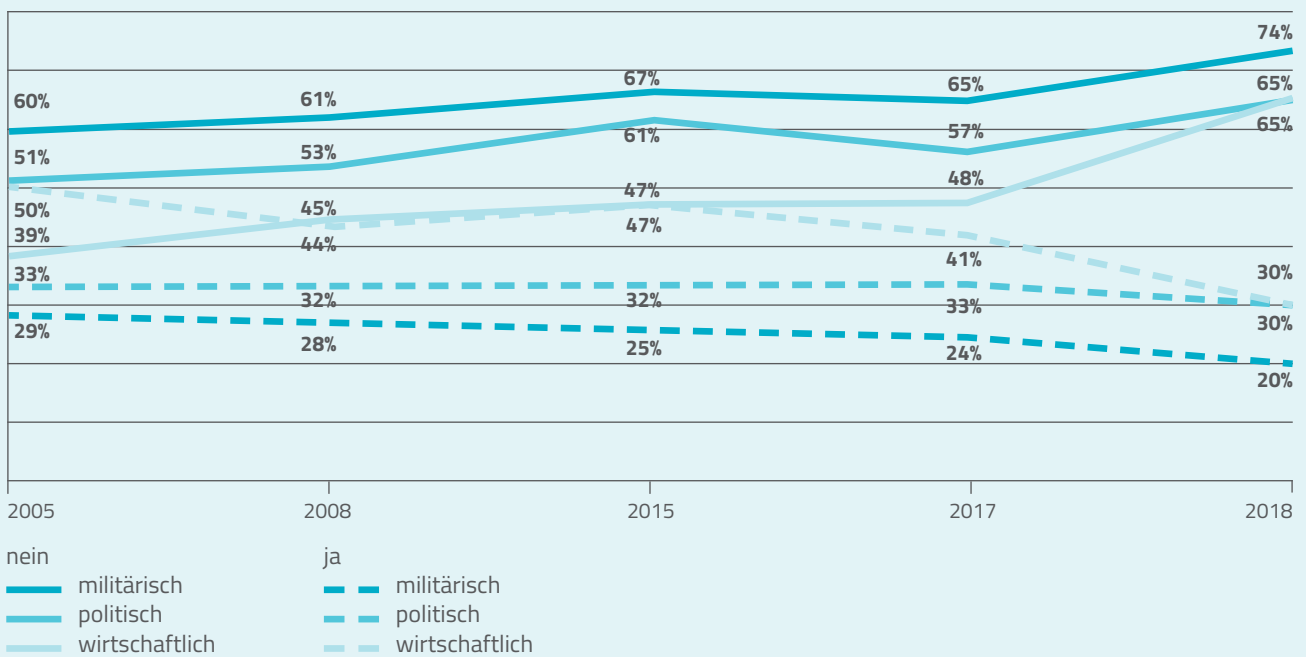
Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen, insbesondere im Zweiten Weltkrieg, war die Perzeption Deutschlands in Polen lange Zeit durch ein Gefühl der Bedrohung geprägt. Beide Seiten haben sich jedoch nach 1989 intensiv dafür eingesetzt, gegenseitiges Vertrauen wieder aufzubauen. Vor allem die Aufnahme Polens in die NATO 1999 und in die Europäische Union 2004 haben der polnischen Sicherheit ein festes Fundament gegeben. Die positiven Effekte im Hinblick auf die Wahrnehmung Deutschlands sind inzwischen deutlich erkennbar: Der Anteil der Polen, die sich von Deutschland bedroht fühlen, sinkt langsam, aber stetig. Aktuell geben drei Viertel der polnischen Befragten an, sie empfänden Deutschland nicht als militärische Bedrohung (74 Prozent), zwei Drittel sehen auch keine politische oder ökonomische Gefahr, die vom westlichen Nachbarn ausgeht (jeweils 65 Prozent). Allerdings ist weiterhin jeder fünfte der befragten Polen

(20 Prozent) der Meinung, dass Deutschland eine potenzielle militärische Bedrohung für Polen darstelle.

Besonders deutlich sind die Veränderungen im Hinblick auf die Wahrnehmung einer ökonomischen Bedrohung. Deutschland ist der wichtigste Wirtschaftspartner Polens und Hauptabnehmer polnischer Exportgüter. Darüber hinaus ist Deutschland der größte Auslandsinvestor in Polen. Die Auswirkungen dieser Vernetzung – positive Effekte für Märkte und Beschäftigte – sind offensichtlich. Dennoch werden seit Jahren immer wieder Stimmen laut, die eine zu große Abhängigkeit von der deutschen Wirtschaft und die Ausbeutung der günstigen Produktionsbedingungen durch deutsche Investoren beklagen. Daher waren die Polen jahrelang geteilter Meinung darüber, ob die wirtschaftliche Macht Deutschlands eine Bedrohung für Polen darstellt. Die jüngsten Zahlen ergeben, dass eine Mehrheit diese Gefahr nicht mehr sieht.

Könnte Deutschland eine Gefahr für Polen darstellen? Die Meinung der Polen

PL



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körper-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung
2005-2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung



Stärkung der Bundeswehr? Für die Mehrheit der Polen kein Problem

Dass die Polen Deutschland immer weniger als potenzielle militärische Bedrohung wahrnehmen, hängt insbesondere mit der Mitgliedschaft beider Länder in der NATO und der gegenseitigen Beistandsverpflichtung zusammen.

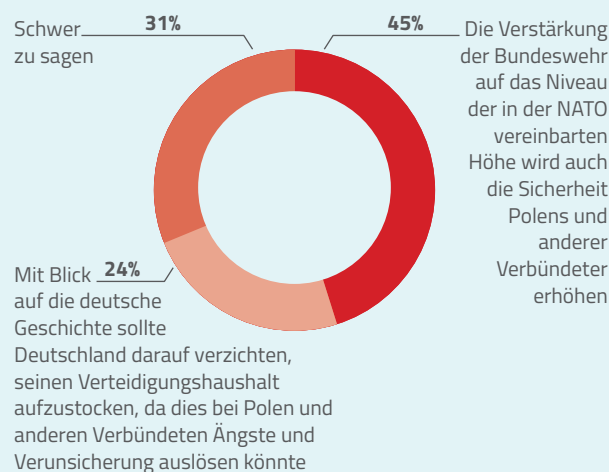
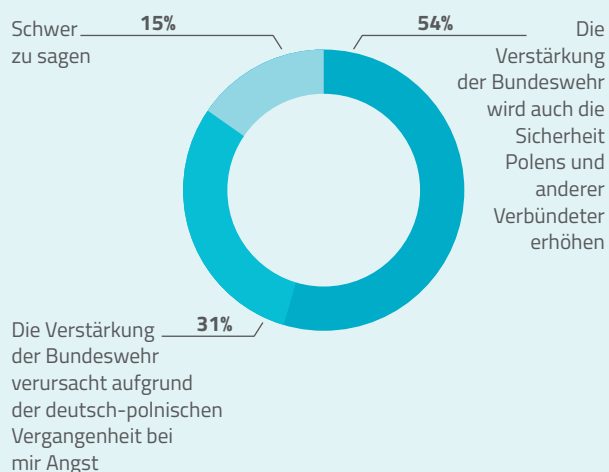
Auch Deutschland hat sich 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales dazu verpflichtet, seine Militärausgaben bis 2022 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen. Die derzeitigen Aufwendungen liegen bei etwa 1,3 Prozent des BIP. Eine Anhebung des Verteidigungshaushaltes ist in der deutschen Öffentlichkeit umstritten.

Die meisten Polen dagegen würden eine Stärkung der Bundeswehr als Mehrwert für die eigene Sicherheit begrüßen. 54 Prozent der polnischen Befragten sind der Meinung, dass eine verstärkte Bundeswehr die Sicherheit sowohl Polens als auch

der anderen NATO-Partner verbessern würde. Befürchtungen im Hinblick auf Deutschlands militärische Stärke äußern weniger als ein Drittel der Befragten (31 Prozent).

Trotz der in Deutschland weit verbreiteten Skepsis mit Blick auf eine Erhöhung des Wehretats erachten 45 Prozent der Deutschen eine verstärkte Bundeswehr als Beitrag zu Polens Sicherheit. Ein knappes Viertel (24 Prozent) der Deutschen dagegen ist der Ansicht, dass Deutschland auf eine Aufstockung des Verteidigungsbudgets verzichten sollte, da dies bei Polen und anderen Verbündeten aufgrund der historischen Erfahrungen Ängste wecken könnte. Zu dieser Ansicht tendieren Ostdeutsche (36 Prozent) eher als Westdeutsche (22 Prozent). Auffallend ist, dass sich deutlich mehr der deutschen Befragten (31 Prozent zu 15 Prozent) schwertun, diese Frage zu beantworten.

Würde eine Verstärkung der Bundeswehr die polnische Sicherheit erhöhen?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung



Klares Votum für die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses

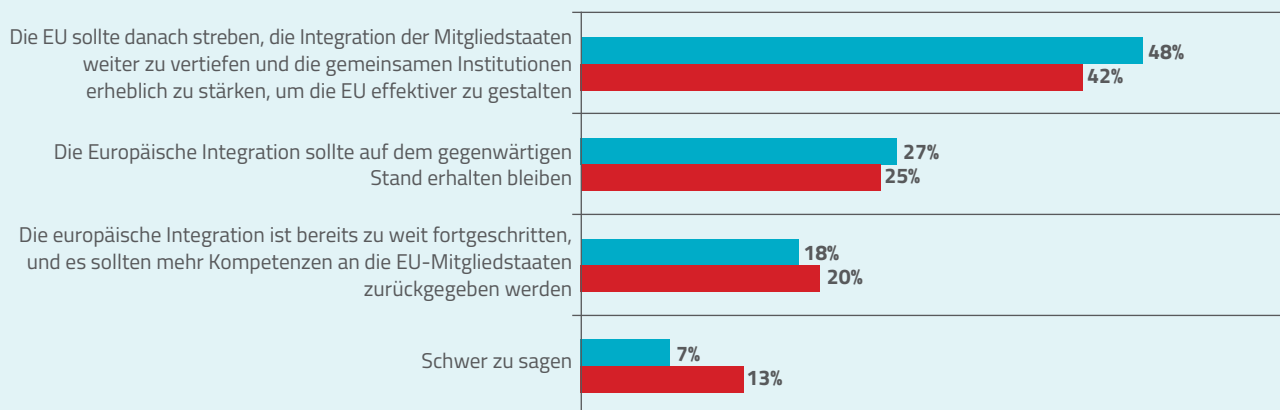
Berlin und Warschau haben unterschiedliche Vorstellungen im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der europäischen Integration. Polen betont die Souveränität der Mitgliedstaaten, während in Berlin die von Präsident Macron angestoßene Debatte über Inhalt und Form weiterer Integrationsschritte andauert.

Auf beiden Seiten der Oder bilden die Befürworter einer Vertiefung der Integration die jeweils größte Gruppe unter den Befragten. In Polen sind es etwas mehr Befürworter (48 Prozent) als in Deutschland (42 Prozent). Sowohl in Deutschland als auch in Polen vertritt etwa ein Fünftel der Befragten die Ansicht, dass die europäische Integration bereits zu weit gegangen sei (20 Prozent und 18 Prozent). Ein Viertel spricht sich weder für eine Vertiefung noch für einen Rückbau aus, was als grundsätzliche Zustimmung zum heutigen Stand der Integration gewertet werden kann.

In beiden Ländern fällt bei dieser Frage eine Signifikanz bezüglich der Parteienpräferenz auf. In Polen meinen im Vergleich zu Anhängern anderer Parteien überdurchschnittlich viele Wähler der PiS-Partei (27 Prozent), dass die europäische Einigung bereits zu weit fortgeschritten sei. Auf deutscher Seite ist die Mehrheit der Anhänger der Alternative für Deutschland (53 Prozent) dieser Ansicht. Allerdings erachtet auch ein nicht unerheblicher Anteil der FDP-Anhänger (27 Prozent) sowie der Wähler der Partei Die Linke (24 Prozent) die europäische Integration als zu weit fortgeschritten.

Bei den polnischen Befragten spielt das Alter für die Beantwortung dieser Frage keine Rolle, auf deutscher Seite hingegen schon. Hier haben überdurchschnittlich viele – ein Viertel – der 14- bis 19-Jährigen keine Meinung zum Thema. Von den Ältesten (70 Jahre und älter) hingegen ist der kleinste Teil – verglichen mit anderen Altersgruppen – überzeugt, dass die Integration weiter vorangetrieben werden sollte (37 Prozent).

Wie sollte die Zukunft der EU aussehen?



Die Befragten konnten anhand einer Skala von 1 = „Vertiefung der Integration“ bis 5 = „die Integration ist schon zu weit gegangen“ antworten. Im Diagramm: Werte 1 und 2 sowie 4 und 5 addiert.

Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körber-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung



Flüchtlinge und Migration: Die größten Herausforderungen für die Europäische Union

Unter den vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union gegenwärtig konfrontiert ist, rangiert sowohl für die Deutschen als auch für die Polen das Thema Flüchtlinge und Migration auf dem ersten Platz (62 Prozent und 56 Prozent). Ähnlich oft nannten beide Gruppen auch die Themen Konfliktmanagement in der europäischen Nachbarschaft, Stabilisierung des Wirtschaftswachstums sowie Abbau von Arbeitslosigkeit und die Reduzierung von Wohlstandsunterschieden zwischen den einzelnen Regionen Europas. Nach Ansicht der deutschen Befragten bilden auch soziale Ungleichheit, die belasteten Beziehungen zu den USA und die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch populistische Bewegungen wichtige Herausforderungen. Die Polen nennen an zweiter Stelle die Beziehungen zu Russland, während die in der deutschen Prioritätenliste an zweiter Stelle genannten Themen in der polnischen Wertung als Letztes vorkommen.

62% der Deutschen und 56% der Polen finden, dass Flucht und Migration auch in den kommenden Monaten die zentrale Herausforderung für die EU bilden werden.

Diese abweichenden Prioritäten auf beiden Seiten der Oder spiegeln unterschiedliche historische Erfahrungen, die verschiedenen Rollen beider Länder im europäischen und globalen Kontext sowie die jeweilige innenpolitische Situation. In Anbetracht der geografischen Lage Polens, seiner historischen Erfahrungen und des russischen

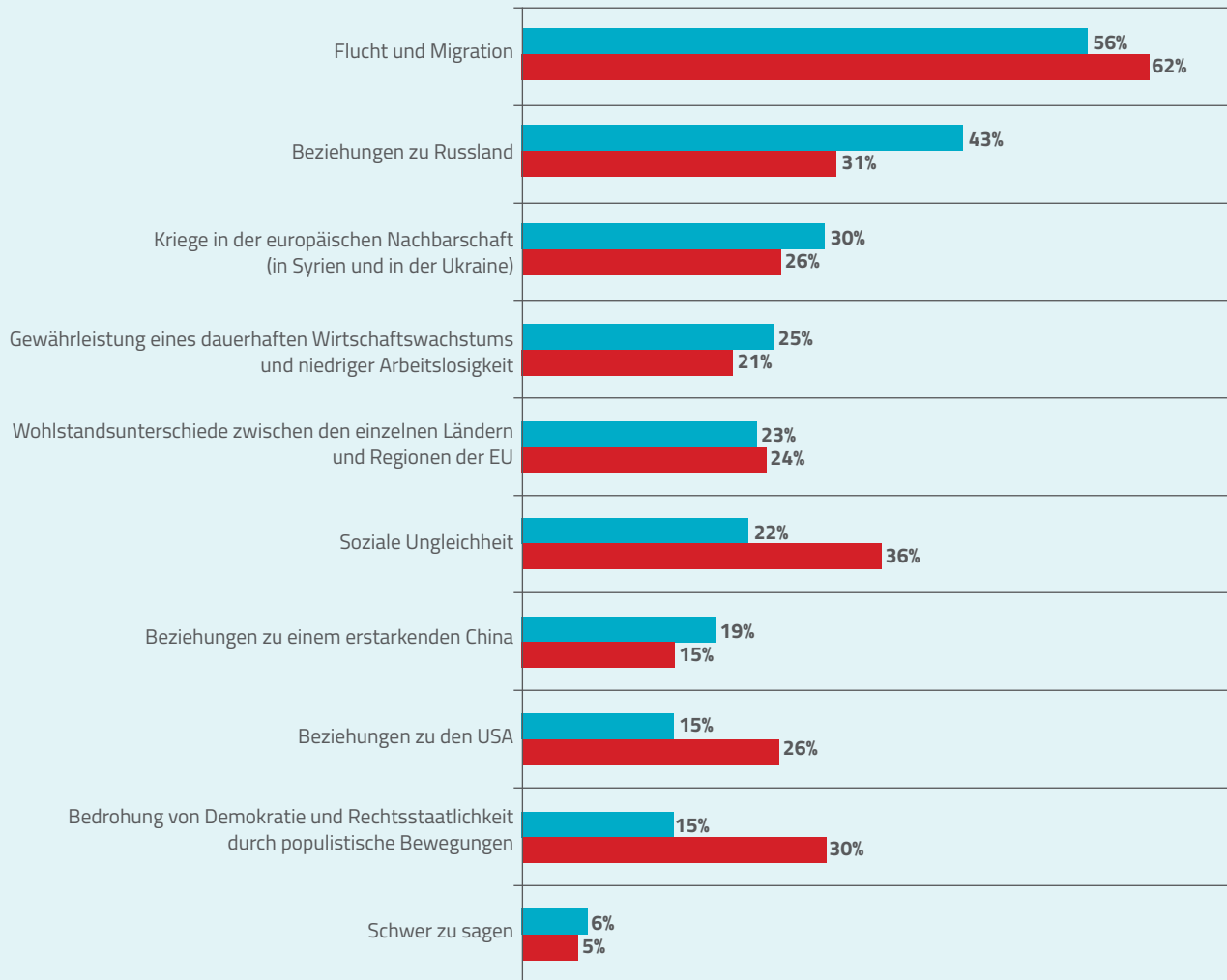
Agierens gegenüber Georgien und der Ukraine in den letzten Jahren bleiben für Polen die Beziehungen zu Russland ein Schlüsselproblem europäischer Politik. Gleichzeitig wird das Verhältnis zu den USA hauptsächlich aus bilateraler Perspektive wahrgenommen, gegenwärtig vor allem in Bezug auf die Stationierung US-amerikanischer Truppen auf polnischem Boden. Dass in Deutschland die Beziehungen zu den USA als zentrale Herausforderung für die EU betrachtet werden, hängt mit den aktuellen Spannungen im transatlantischen Verhältnis zusammen, von denen auch Berlin unmittelbar betroffen ist.

Während ein Viertel der deutschen Befragten die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch populistische Bewegungen als wichtige Herausforderung erachtet, teilen diese Einschätzung nur 15 Prozent der Polen. Vor allem die Wähler der PiS-Partei (7 Prozent) erkennen darin keinen Grund zur Beunruhigung – anders als die Anhänger der PO, von denen ein Viertel in der Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine Herausforderung sieht (25 Prozent). Nur 8 Prozent der Wähler der Alternative für Deutschland halten dies für eine Herausforderung. Bei den anderen Parteien liegen die Werte deutlich höher (CDU – 31 Prozent, SPD – 25 Prozent, die Grünen – 43 Prozent, FDP – 34 Prozent, Die Linke – 41 Prozent). Was hingegen die Beziehungen zu Russland und den USA angeht, spielen parteipolitische Präferenzen weder in Deutschland noch in Polen eine Rolle. In Deutschland nehmen Anhänger der CDU mögliche Kriege in der europäischen Nachbarschaft deutlich häufiger als eine zentrale Herausforderung für die EU wahr.

Was sind die größten Herausforderungen für die Europäische Union in den kommenden Monaten?

PL

DE



Die Befragten konnten bis zu drei Herausforderungen aus der oben aufgeführten Liste auswählen.

Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körper-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

Auch die 14- bis 29-Jährigen sehen Flucht und Migration als zentrale Herausforderung für die EU an. Unter diesen Befragten sind aber die Werte auf der polnischen Seite höher (63 Prozent) als auf der deutschen (59 Prozent).

Eine Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch populistische Bewegungen befürchten **26%** der deutschen und **15%** der polnischen Befragten.



Unterschiedliche Wunschpartner bei Deutschen und Polen

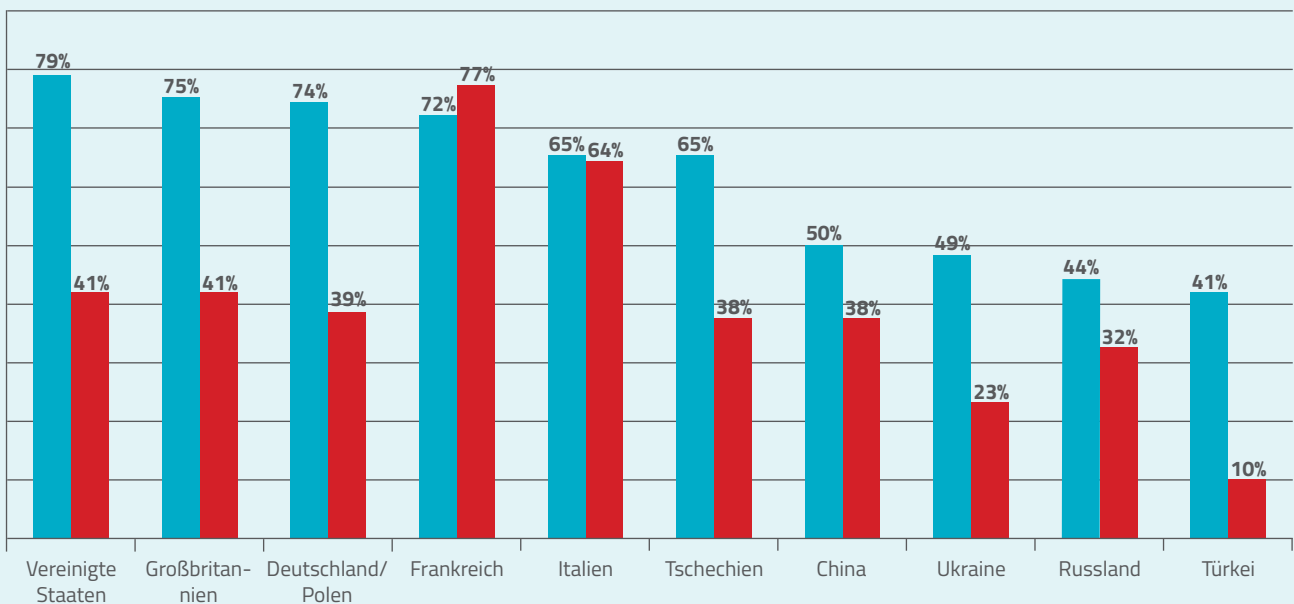
Für die Deutschen bleibt Frankreich der wichtigste Partner. Eine sehr enge oder enge Zusammenarbeit mit Paris befürworten drei Viertel (77 Prozent) der Befragten. An zweiter Stelle folgen in dieser Wertung die Niederlande (75 Prozent) vor Italien (64 Prozent). Der Brexit und die belasteten Beziehungen zu Washington finden ihren Niederschlag in einem deutlichen Rückgang der Nennungen für Großbritannien und die USA im Vergleich zu 2013 und 2016 (jeweils um 18 bzw. 27 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013).

Auf polnischer Seite hingegen ist der Wunsch nach einer starken Zusammenarbeit mit den zwei angelsächsischen Ländern sehr präsent (79 Prozent und 75 Prozent). Dieses Meinungsbild reflektiert die Position der polnischen Regierung, derzufolge man den Beziehungen zu den USA größte Bedeutung beimisst und London trotz des Brexits weiterhin Schlüsselpartner für Polen bleibt. Dicht dahinter folgt Deutschland (74 Prozent).

Während Deutschland auf der Rangliste der von den polnischen Befragten präferierten Partner relativ weit vorne rangiert, messen die Deutschen Polen als Partner geringe Bedeutung zu. Allerdings sprechen sich Personen aus Ostdeutschland deutlich häufiger für eine enge Zusammenarbeit mit Polen aus als Westdeutsche (52 Prozent zu 36 Prozent).

Generell befürworten die Deutschen seltener eine enge Zusammenarbeit mit den unten aufgeführten Ländern als die Polen. Mit der Türkei wollen viermal weniger Deutsche als Polen engere Beziehungen. Sogar für eine engere Zusammenarbeit mit Russland sprechen sich mehr Polen als Deutsche aus (44 Prozent zu 32 Prozent). Davon abgesehen, votiert ein deutlich höherer Anteil der Ostdeutschen als der Westdeutschen für eine engere Zusammenarbeit mit Russland (44 Prozent zu 29 Prozent).

Sollte Polen/Deutschland mit folgenden Staaten eng zusammenarbeiten?



Die Befragten konnten anhand einer Skala von 1 = „sehr eng zusammenarbeiten“ bis 5 = „gar nicht zusammenarbeiten“ antworten. Im Diagramm: Werte 1 und 2 addiert.

Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Körper-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung

Das „Deutsch-polnische Barometer“ ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Die Untersuchungen werden seit dem Jahr 2000 vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt. In den Jahren 2013 und 2016 wurde die Untersuchung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung realisiert. Im Jahr 2018 ist die Körber-Stiftung der Partner der Studie. Im Mai 2018 ist der erste Teil der diesjährigen Erhebung mit dem Titel: „Deutsche und Polen. Geteilte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft?“ erschienen.

Das Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit durchgeführt.



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) ist einer der führenden Thinktanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Zentrum für Forschungen und Analysen tätig. Durch vielfältige Untersuchungen, Gutachten und Empfehlungen zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens steht das ISP im Dienst von Staat, Gesellschaft und Bürger.

Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern Innovation, Internationale Verständigung und Lebendige Bürgergesellschaft. 1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute von ihren Standorten Hamburg und Berlin aus national und international aktiv.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist eine deutsche politische Stiftung, die sich christlich-demokratischen Werten verpflichtet fühlt. Ihr Hauptziel ist die Förderung politischer Bildung zugunsten von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, die Unterstützung der europäischen Einigung und der transatlantischen Beziehungen sowie des internationalen Dialogs in über 80 Büros weltweit.

Institut für Öffentliche Angelegenheiten

ul. Szpitalna 5 / 22
00-031 Warszawa, Polen
Telefon: 0048 22 556 42 88
E-Mail: isp@isp.org.pl

www.isp.org.pl

Körber-Stiftung

Hauptstadtbüro
Pariser Platz 4a
10117 Berlin, Deutschland
Telefon: 0049 30 20 62 67 60
E-Mail: ip@koerber-stiftung.de

www.koerber-stiftung.de

**Konrad-Adenauer-Stiftung
in Warschau**

ul. Dąbrowskiego 56
02-561 Warszawa, Polen
Telefon: 0048 22 845 93 30
E-Mail: kas@kas.pl

www.kas.pl

Herausgeber: Körber-Stiftung, Hamburg
Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau
Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau

Konzept, Auswertung und Redaktion:
Dr. Agnieszka Łada, Joshua Webb

Gestaltung: Ewa Brejnakowska-Jończyk

ISBN: 978-83-7689-315-0

© Körber-Stiftung, Institut für Öffentliche Angelegenheiten,
Konrad-Adenauer-Stiftung 2018